GB18DEC016

Working together
Learning for life

PROTOKOLL DER VORSTANDSSITZUNG 15. JUNI 2018

Die Sitzung des Vorstands der ETF findet am 15. Juni 2018 in Turin statt. Den Vorsitz führt Joost KORTE, Generaldirektor der GD Beschäftigung, Soziales und Integration der Europäischen Kommission.

1. Annahme der Tagesordnung

Der Vorsitzende bittet darum, zwei weitere Punkte in die Tagesordnung aufzunehmen: einen ersten Punkt zur Klärung der Situation des Personals des Vereinigten Königreichs in den EU-Organen nach dem Brexit und einen zweiten Punkt zur Information über die ETF-Konferenz „Skills for the Future“ (Kompetenzen für die Zukunft), die im November stattfinden wird.

Der Vorstand nimmt die Tagesordnung für die Sitzung einstimmig an.

2. Einführende Bemerkungen des Vorsitzenden

Der Vorsitzende begrüßt das neue Vorstandsmitglied für Schweden, Frau Malin MENDES, und den neuen nicht stimmberechtigten Sachverständigen in Vertretung des Europäischen Parlaments Herrn Alejandro CERCAS ALONSO.

Die folgenden Mitgliedstaaten sind nicht in der Sitzung vertreten: Lettland, Malta, Rumänien und die Slowakei. Drei Beobachter der Partnerländer (Nigar ISMAYILZADE, Dragana SAVIC und Monia RAIES MGHIRBI) sind ebenfalls nicht anwesend.

Zudem ist die Europäische Kommission vertreten durch Herrn Lluis PRATS, Referatsleiter (GD EMPL), Frau Heide NIDETZKY (GD EMPL), Frau Myriam FERRAN, Direktorin (GD NEAR), Herrn Christophe MASSON (GD NEAR) und Herrn Stefano SIGNORE, Referatsleiter (GD DEVCO).

Der Vorsitzende begrüßt den Vertreter des Cedefop, Herrn Loukas ZAHILAS (Abteilungsleiter).

Die Personalvertretung der ETF wird vertreten durch Herrn Martino RUBAL MASEDA.

3. Follow-up zu den letzten Sitzungen

Der Vorstand genehmigt das Protokoll der letzten Sitzung vom 17. November 2017 einstimmig.

Der Vorsitzende erläutert die Weiterverfolgung der Aktionspunkte und die schriftlichen Verfahren seit der letzten Vorstandssitzung.

Zwei Folgemaßnahmen seien detaillierter ausgearbeitet worden:

- Bei einsprachigen Sitzungen sei die virtuelle Online-Teilnahme an Vorstandssitzungen durch eine Fernverbindung technisch möglich. Anscheinend verwende aber keine Agentur Online-Einrichtungen, damit alle an den Vorstandssitzungen teilnehmen können. Für die ETF würden sich die Investitionen auf ca. 10 000 EUR belaufen, was verglichen mit den laufenden Kosten ein geringer Betrag sei. Des Weiteren müssten ein rechtlicher Rahmen erarbeitet und Anpassungen für die Verfahren genehmigt werden. Die ETF untersuche weiterhin die Möglichkeiten einer Remote-Teilnahme.

- Wie in früheren Vorstandssitzungen verweist der Vorsitzende mit Nachdruck darauf, dass die Vorstandsmitglieder im öffentlichen Interesse und unabhängig von jeglichen externen Einflüssen zu handeln hätten. Zu diesem Zweck würden die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder aufgefordert, einen Lebenslauf vorzulegen und *jährlich* eine Verpflichtungserklärung und eine Interessenerklärung in schriftlicher Form abzugeben. Angesichts der jüngsten Bemerkungen sei beschlossen worden, den Vorstandsmitgliedern die Möglichkeit zu geben, zur tatsächlichen Form

der Erklärung Stellung zu nehmen und Änderungen oder Verbesserungen bis Ende Juni vorzuschlagen. Die Ergebnisse würden dem Vorstand im November vorgelegt.

- Ingrid MÜLLER-ROOSEN (Deutschland) schlägt vor, die Erklärungen direkt in der Sitzung zu unterzeichnen und sie am Ende der Sitzung einzusammeln; der Vorsitzende stimmt dem Vorschlag zu.

4. Konsolidierter jährlicher Tätigkeitsbericht der ETF für 2017 sowie dessen Analyse und Bewertung

Cesare ONESTINI (ETF) stellt den konsolidierten jährlichen Tätigkeitsbericht für 2017 vor.

Mimi DANEVA (Bulgarien), Vorstandsmitglied als Vertreterin des aktuellen Ratsvorsitzes, beglückwünscht die ETF im Namen der Vorstandsmitglieder zu dem äußerst umfassenden Bericht.

Sie führt eine von Edit BAUER (nicht stimmberechtigte Sachverständige in Vertretung des Europäischen Parlaments) eingegangene Bemerkung bezüglich einer Formulierung unter „Bewertung“, Seite 6 Absatz 3 der „Analyse und Bewertung“ an und beantragt, dass „**nimmt zur Kenntnis**, dass die ETF ... weiterhin ... beteiligt ist“ durch die stärkere Formulierung „**begrüßt**, dass die ETF ... weiterhin ... beteiligt ist“ ersetzt werden solle. Der Vorsitzende und die Mitglieder nehmen den Vorschlag an.

Dimitris PSYLLOS (Griechenland) würdigt die Länge und Tiefe des Berichts und fordert unter erneutem Hinweis auf eine von ihm seit drei Jahren vorgebrachte Bemerkung, dass bei der Lehrerausbildung ein stärkeres Gewicht auf eine solide kognitive Basis gelegt werden solle, insbesondere bei Themen im Zusammenhang mit der Digitalisierung.

Cesare ONESTINI (ETF) stimmt zu und weist darauf hin, dass dieser Hinweis auch für das Arbeitsprogramm 2019 gelte.

Der Vorstand nimmt den konsolidierten jährlichen Tätigkeitsbericht der ETF für 2017 sowie dessen Analyse und Bewertung einstimmig an. Beide Dokumente werden den einschlägigen Organen bis zum 15. Juni 2018 übermittelt.

5. ETF-Jahresabschluss 2017

Martine SMIT (ETF) stellt den Jahresabschluss 2017 vor.

Mimi DANEVA (Bulgarien) erklärt im Namen der Vorstandsmitglieder, dass es von deren Seite keine Bemerkungen gebe, und stellt die Stellungnahme des Vorstands zum Jahresabschluss vor.

Ingrid MÜLLER-ROOSEN (Deutschland) beglückwünscht die ETF zu den hervorragenden Ergebnissen, die angesichts der begrenzten Mittel als Erfolg anzusehen seien. Der Vorsitzende schließt sich dieser Bemerkung an.

Die Mitglieder des Vorstands nehmen den ETF-Jahresabschluss 2017 und die Stellungnahme des Vorstands einstimmig an. Beide Dokumente werden den einschlägigen Organen der EU bis zum 1. Juli 2018 übermittelt.

6. Berichtigungshaushaltsplan 2018 der ETF

Henrik FAUDEL (ETF) stellt den Berichtigungshaushaltsplan 2018 vor.

Vom Vorstand werden keine Bemerkungen vorgebracht.

Der Vorstand nimmt den Berichtigungshaushaltsplan 2018 der ETF einstimmig an.

7. Bereichsübergreifende Evaluierung der vier Agenturen – Abschlussbericht

Der Vorsitzende legt eine Aktualisierung der bereichsübergreifenden Evaluierung der vier Agenturen im Zuständigkeitsbereich der GD EMPL (ETF, Cedefop, Eurofound und EU-OSHA) vor. Er weist darauf hin, dass das Verfahren noch nicht abgeschlossen sei und die vorläufigen Schlussfolgerungen von den externen Prüfern stammten und noch nicht von der Europäischen Kommission, die derzeit mit der Nachverfolgung befasst sei und eine Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen erstelle, die nach der Sommerpause fertiggestellt sein solle. Zur Vermeidung von Doppelaufwand sei die Evaluierung der ETF aus dem Jahr 2016 in die vorliegende bereichsübergreifende Evaluierung einbezogen worden.

Verschiedene parallel laufende Prozesse hätten zu Verwirrung geführt, was ursprünglich so nicht geplant gewesen sei. Dazu gehörten der im März vorgebrachte Vorschlag zur Schaffung einer neuen Agentur – der europäischen Arbeitsbehörde (ELA), die im Jahr 2016 auf den Weg gebrachte Evaluierung der ETF, die fortlaufenden „Trilog"-Verhandlungen über die Anpassung der drei anderen Agenturen mit einer dreigliedrigen Struktur an das gemeinsame Konzept und nicht zuletzt die Diskussionen über den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR).

Der Vorsitzende stellt die wichtigsten Ergebnisse der Evaluierung vor und bekräftigt, dass es keinen aktuellen Plan für wesentliche Änderungen bezüglich einer der vier Agenturen gebe und dass demnach unter der derzeitigen Kommission keine grundlegenden Reformen vorgeschlagen würden.

Bei der Evaluierung würden die vier Agenturen jeweils getrennt voneinander bewertet, es würden bereichsübergreifende Perspektiven untersucht, und zudem werde eine Analyse zukünftiger möglicher Szenarien für die Agenturen durchgeführt. Die Evaluierung sei sehr breit, lege jedoch den Schwerpunkt auf Wirksamkeit und Effizienz.

Einzeln betrachtet, hätten die vier Agenturen wirksam gearbeitet, die gewünschten Ergebnisse geliefert und die Ziele ihrer Arbeitsprogramme erreicht. Als Herausforderungen und Bereiche für künftige Verbesserungen werde in dem Bericht auf Folgendes hingewiesen: Qualität der Ergebnisse, Verzögerungen bei der Vorlage von Ergebnissen, Zugänglichkeit und Verständlichkeit der Ergebnisse sowie Kommunikationskanäle. Was die ETF anbelangt, werde im Bericht lobend auf die rechtzeitige Lieferung von Beiträgen für die Politikgestaltung in der EU und in den Partnerländern hingewiesen. Die Schlussfolgerungen hinsichtlich der Arbeit der ETF in den Bereichen Governance und Angebot der beruflichen Aus- und Weiterbildung, Qualitätssicherung, Qualifikationen und Qualifikationssysteme seien sehr positiv; als weniger positiv würde die Wirkung auf Arbeitsmarktsysteme, Kompetenzen für Beschäftigungsfähigkeit sowie unternehmerisches Lernen und unternehmerische Fähigkeiten erachtet. Der Turin-Prozess werde als wichtiger Erfolg für die Agentur angesehen.

Um insgesamt eine höhere Effizienz zu erzielen, müsse die operative Leistungsfähigkeit gestärkt und eine Externalisierung in Betracht gezogen werden. Kommunikation und Information müssten verbessert werden. Die Ergebnisse und Dienstleistungen der Agenturen seien für Interessenträger auf Top-Down- als auch auf Bottom-up-Ebene relevant. Die Planungsprozesse und die begrenzten Ressourcen erzeugten jedoch eine Diskrepanz zwischen den Erwartungen der Kommission, der Mitgliedstaaten und der Sozialpartner und dem, was die Agenturen tatsächlich bieten können.

Die ETF habe eine Sonderstellung, da sie die einzige Agentur sei, die ausschließlich außerhalb der EU arbeitet. Als solche könne sie eine breite Palette von Länderexpertisen erstellen und sei dazu in der Lage, wertvolle politische Empfehlungen abzugeben, auch wenn die Aufnahmekapazitäten in den Partnerländern unterschiedlich seien.

Aus bereichsübergreifender und zukunftsgerichteter Sicht bestehe zwar eine gewisse potenzielle Überschneidung zwischen Cedefop und der ETF bei der Berufsbildungspolitik, doch seien in der

Praxis Mechanismen entwickelt worden, um dies zu vermeiden. Allerdings bestehe Spielraum für Verbesserungen, da die Mechanismen weitgehend bilateral und einmalig seien, dem Bottom-up-Ansatz folgten und überwiegend auf Wissensaustausch beruhten. Die gemeinsame strategische Planung könne zukünftig verbessert werden.

Im Evaluierungsbericht seien mehrere Szenarien für die Zusammenlegung entwickelt worden, aber es müssten keine größeren Probleme angegangen werden. Potenzielle Zusammenlegungen würden als ein hochriskantes Szenario gelten. Dennoch bestehe nachweislich die Notwendigkeit, die Kosten zu senken, größere Synergien zu erzielen und einen Rahmen für eine verstärkte Zusammenarbeit zu entwickeln. Die Kommission prüfe derzeit die verschiedenen Empfehlungen der Evaluierung und werde bis Anfang Herbst eine Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen erarbeiten, die darauf abziele, größtmögliche Synergien zwischen den Agenturen zu erreichen.

Cesare ONESTINI (ETF) dankt dem Vorsitzenden für die aktuelle Information sowie den Vorstandsmitgliedern, die beim Validierungsworkshop im Dezember anwesend waren, für ihren Beitrag. Er weist ferner darauf hin, dass die ETF und die drei anderen Agenturen dem Beirat der ELA angehörten.

Dimitris PSYLLOS (Griechenland) bringt drei Punkte zur Sprache: In Bezug auf die Kommunikation stimmt er zu, dass die EU-Bürger besser über die Arbeit der Agenturen informiert werden müssten. Zweitens bittet er um eine weitere Klarstellung der „stärkeren systemischen Vernetzung“, die unter Punkt 1.16 auf S. 10 des „Syntheseberichts“ angeführt werde, in dem die Umsetzung und die anschließende Nachhaltigkeit infrage gestellt würden. Er möchte wissen, ob sich dies auf künftige Maßnahmen auswirkt. Im letzten Punkt weist Dimitris PSYLLOS darauf hin, dass die Entwicklung von Synergien und damit zusammenhängenden Maßnahmen auch auf der Sitzung am Vortag erörtert worden sei, und schlägt vor, diesen Punkt in der nächsten Vorstandssitzung weiter zu vertiefen.

Edit BAUER (nicht stimmberechtigte Sachverständige in Vertretung des Europäischen Parlaments) stellt eine ergänzende Frage zu Seite 2 der Zusammenfassung, in der die Relevanz der Agentur beschrieben werde, und insbesondere zur Formulierung „Diskrepanz zwischen dem, was die Kommission, die Mitgliedstaaten und die Sozialpartner von der Agentur erwarten, und dem, was die Agenturen bieten können“. Es seien sich zwar alle einig, dass die Haushaltsmittel begrenzt sind, jedoch erhalte die ETF jährlich über 100 Anfragen von der Kommission, was einer Anfrage jeden zweiten Werktag entspreche. Dieser Punkt werde schon seit mehreren Jahren angesprochen, und deshalb wünsche sie eine ausführlichere Erläuterung hierzu.

Peter VAN IJSSELMUIDEN (Niederlande) pflichtet dem Vorsitzenden bei, dass die Schlussfolgerungen der Evaluierung in gewisser Weise enttäuschend seien. Er betont, dass ihm der Unterschied zwischen den vier Agenturen und der ELA weiterhin nicht vollständig klar sei. Außerdem möchte er wissen, in welchem Mitgliedstaat die ELA künftig ihren Sitz haben wird.

Der Vorsitzende teilt mit, dass er weitere Einzelheiten zur ELA in seinem mündlichen Bericht nennen werde und dass noch kein Beschluss über den Sitz der neuen Agentur gefasst worden sei. Als Antwort auf die Bemerkungen des griechischen Mitglieds bestätigt er, dass die ETF, was die Kommunikation anbelangt, besser dastehe als die drei anderen Agenturen, es aber keinen Grund für Selbstzufriedenheit gebe. Er räumt ein, dass die Kommunikation mit den EU-Bürgern schwierig, komplex und Gegenstand einer fortlaufenden Debatte sei. In Bezug auf den systemischen Ansatz zwischen den Agenturen bestätigt er, dass die Europäische Kommission einen solchen Ansatz in Betracht ziehe; in der Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen werde dies strukturierter beschrieben unter Berücksichtigung, dass die Agenturen unabhängige und autonome Einrichtungen sind. Die Kommission werde die Zusammenarbeit und Abstimmung fördern, um sicherzustellen, dass die Strategien der Agenturen voll und ganz den Prioritäten der EU entsprechen.

Myriam FERRAN (GD NEAR) greift die Bemerkung zur Kommunikation mit den Empfängerländern und den EU-Bürgern auf und stimmt mit dem Vorsitzenden überein, dass es sich um eine gemeinsame Verantwortung handele, in die auch die Mitgliedstaaten einzubeziehen seien.

Cesare ONESTINI (ETF) verweist auf die Sitzung am Vortag, deren Ziel es gewesen sei, sich für den Wandel zu engagieren. In Bezug auf Anfragen seitens der EU bestätigt er, dass 25 % der kollektiven Anstrengungen der ETF in diese Anfragen investiert würden, was die engen Arbeitsbeziehungen zwischen den Kommissionsdienststellen und der ETF als EU-Agentur belege.

8. Programmplanungsdokument 2017-2020 – Jahresarbeitsprogramm 2019

Cesare ONESTINI (ETF) stellt das aktualisierte Arbeitsprogramm 2019 vor und geht auf dessen Verbindung mit dem politischen Dialog mit den Partnerländern sowie mit Projekten der EU und der Mitgliedstaaten ein. Die nächste Runde des Turin-Prozesses beginne 2019 und laufe bis 2020 und konzentriere sich auf die Qualität und Umsetzung in enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten und den in den Partnerländern tätigen Agenturen der Mitgliedstaaten.

In Bezug auf die Beiträge der EU zum Arbeitsprogramm 2019 weist er darauf hin, dass die GD EMPL die Anfragen anderer Generaldirektionen im Rahmen einer dienststellenübergreifenden Konsultation gesammelt habe, um die Prioritäten beim nächsten strukturierten Dialog in Brüssel zu erörtern. Er bekräftigt außerdem die fortgesetzte und verstärkte Zusammenarbeit mit Cedefop und Eurofound.

Der Vorstand begrüßt die Informationen zum aktuellen Stand.

9. Mündliche Berichte

Siehe Anhang.

10. Verschiedenes

Cesare ONESTINI (ETF) informiert die Mitglieder über den neuesten Stand zur geplanten Vorgehensweise in Bezug auf die in den Agenturen beschäftigten Mitarbeiter des Vereinigten Königreichs. EU-Beamte in der Kommission, die Staatsangehörige des Vereinigten Königreichs sind, hätten das Recht, ihre Arbeit in der Kommission fortzusetzen. In Bezug auf Zeitbedienstete und Vertragsbedienstete in den Agenturen, die Staatsangehörige des Vereinigten Königreichs sind, habe die Kommission beschlossen, dass jeder Direktor in seiner Funktion als Anstellungsbefugter entscheiden solle, ob eine Ausnahme gewährt wird. Die Entscheidungen seien im Einzelfall im Interesse der Dienststelle in transparenter und großzügiger Weise zu treffen. Diese Entscheidungen würden zum Zeitpunkt des Brexit oder, falls zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich ein Übergangszeitraum vereinbart werde, am Ende des Übergangszeitraums zu treffen sein.

Cesare ONESTINI (ETF) informiert die Vorstandsmitglieder ferner über die am 21. und 22. November 2018 – direkt vor der Vorstandssitzung – stattfindende ETF-Konferenz „Skills for the Future“ (Kompetenzen für die Zukunft), und bittet die Vorstandsmitglieder, Rednervorschläge einzureichen.

Des Weiteren ersucht der Vorsitzende die Vorstandsmitglieder, ihr Evaluierungsformular für die Sitzung auszufüllen.

11. Termin für die nächste Sitzung

Die nächste Sitzung des Vorstands findet am 23. November 2018 in Turin statt.

Folgemaßnahmen:

- Die ETF übermittelt den EU-Organen den konsolidierten jährlichen Tätigkeitsbericht und dessen Analyse und Bewertung bis zum 15. Juni 2018.
- Die ETF übermittelt den einschlägigen EU-Organen den Jahresabschluss 2017 und die Stellungnahme des Vorstands bis zum 1. Juli 2018.
- Die ETF untersucht weiterhin die Möglichkeiten einer Remote-Teilnahme des Vorstands.
- Die Vorstandsmitglieder geben ihre Stellungnahmen zu den Verpflichtungserklärungen und Interessenerklärungen bis Ende Juni ab.

ANNEX: on Oral reports

Progress on Commission policies and programmes that have an impact on the ETF

For DG NEAR, Myriam FERRAN gave an update on:

- **Enlargement**: since 2015, the Economic Reform Programmes (ERPs) have been updated annually by the seven countries concerned, mirroring as much as possible the European Semester. Of the eight areas involved, three are of direct relevance to the ETF: education and skills, employment and labour market, social protection and inclusion. Cooperation with the ETF is excellent in these three areas. Each year, DG NEAR tries to reinforce the importance of the ERPs, and this year for the first time they were published together with the annual enlargement package on 17 April, when a full Communication was issued as a clear signal of complementarity and mutual reinforcement.

- **The adoption of the Western Balkans strategy in February**: an unequivocal commitment of the EU towards a European perspective, a strong description of the shortfalls that still exist in the countries today compared to EU standards, and increased support from the EU and the Member States through six flagship initiatives. One flagship on social-economic development is crucial for the ETF.

- **For the Neighbourhood:** commonalities and priorities (like good governance, economic development, security, migration and mobility) have been identified, with differentiation through specific agreements or partnerships that are now at the implementation stage. The EaP Summit of November 2017 in Brussels was an important milestone, where a list of recommendations “20 Deliverables for 2020” (including areas such as skills, entrepreneurship and employability) was commonly adopted.

- **In the Neighbourhood South,** the situation is slightly more complex, due to instability factors, demographic problems and high levels of youth unemployment and skills mismatch, which require more, stronger and urgent interventions.

For DG DEVCO, Stefano SIGNORE provided an update on two institutional files:

- The **financial perspectives** for the period 2021-27: the European Commission tabled its MFF proposal on 2 May and on 14 June, a proposal was made for a new “NDICI”, the new "Neighbourhood, Development and International Cooperation Instrument", grouping the bulk of the actual external dimension instruments while tackling the fragmentation of the current MFF. NDICI will allow for more consolidation and coherence with a budget of €89 billion for global action, whilst allowing for more budgetary flexibility. NDICI will have a strong geographical focus, with more than 75% of funds allocated to different geographical regions to allow for more ownership of partner countries’ authorities, and to avoid overlap.

- On the **post-Cotonou** file, given that the actual partnership with 79 ACP countries expires in 2020, after a long process of consultation, the Commission has proposed a new legal framework consisting of one binding text and three regional partnerships, with a strong focus on Africa. Discussions are still ongoing on the text of the negotiation mandate in the Council, in particular on issues linked to migration.

Furthermore, Stefano SIGNORE referred to the recently launched **VET toolbox**, mirroring ETF’s Torino Process, and the work in progress for a **new programme on youth employment and skills** following the summit in Abidjan of November last year. It should include, in principle, a financial facility,

capacity building and technical assistance, and a pilot on VET mobility addressed to mainly teachers and managers for exchanges between Africa and EU countries.

The Chair, Joost KORTE (DG EMPL) gave an overview of the latest developments in the EU on social policy and employment, including the proposal for the creation of the European Labour Authority (ELA).

Social Europe is at the top of this Commission's agenda, including skills and access to the labour market, and has resulted in concrete actions on several fronts. Funding is provided by the European Social Fund (ESF) and its successor ESF+, proposed on 31 May 2018. ESF+ regroups several programmes such as the existing fund for the most deprived, the Youth Employment Initiative, the health programme and EaSI; it streamlines and simplifies the different social funds. The ESF+ envelope of €100 billion for seven years shows the commitment of this Commission to Social Europe. Next to the ESF+, the new Erasmus programme, with double funding of €30 billion, has now been opened up to the non-university sector (VET), and the EU Invest Fund has been given a social window with €4 billion. Finally, a number of new reform programmes, like the Reform Delivery Tool, will support Member States with their reform of the education systems through budget support.

On the legislation side, nine proposals for European Directives and Regulations in the social field are currently on the table; these legislative proposals contribute to the implementation of the European Pillar of Social Rights. The social dimension of the European Semester has also been strengthened, which is reflected in country-specific recommendations.

Regarding the proposed creation of the ELA, Mr Korte underlined that it will not change anything to the *EU acquis*, nor will it create any new competences or powers for the Commission. It will not change the division of work between the EU and the Member States, nor is it comparable to any of the current four agencies under DG EMPL's remit. Instead, the ELA will be an operational body created to assist the Member States. It will not be involved in legislative activities and nor will it administer projects. The new authority can best be compared to Eurojust or Europol, both operational agencies supporting Member States. The ELA will bring existing activities together and group staff into one body: the Commission colleagues dealing with the EURES portal, seconded Member State officials as national liaison officers, seven already existing operational committees. With a lean structure, the ELA will recruit a director and horizontal staff, while funding will be largely redeployed. The seat of the ELA has not yet been decided.

The broad policy context for the ELA is firstly about fair and effective labour mobility. Currently, 17 million individuals are living and working in another country, confronted with a variety of issues and problems. Regarding the authority's objectives, firstly the ELA will inform citizens who want to exercise their rights for free movement on the actual formalities for both workers and employers. Secondly, a core task will be better cross-border enforcement, including inspections. Thirdly, the ELA will be a mediator between national authorities. As regards its governance, the ELA will not be tripartite, but social partners will be part of the stakeholder group.

The proposal made in March will hopefully be adopted before next year's elections (May 2019), with the European Parliament report expected to be ready in October. However, timing can only work if sufficient energy is spent on this file, i.e. by the Austrian Presidency.

Reinhard NÖBAUER (Austria) asked whether the new Erasmus Programme, in terms of cooperation with third countries in the field of VET, contained interesting elements for the ETF. Joost KORTE (DG EMPL) promised to take this question back to Brussels, as he is not in charge of the file.

Trends and developments at the ETF

Cesare ONESTINI (ETF) concentrated on recent highlights, showing the progress of the ETF's work based on agreed indicators. Cooperation with the EC is going well, as demonstrated by the requests list. ETF support has mainly been requested in the area of monitoring and evaluation in a number of countries, mainly in the EaP countries in the context of 2020 deliverables; in the area of policy dialogue with DG NEAR and to support to the project cycle. Cooperation with Cedefop and Eurofound has increased over the past years and will be reinforced in future, mainly in the areas of digital and VET attractiveness. On the ETF evaluations, a meta-evaluation has been launched in which previous evaluators collectively assess the ETF's performance, not simply looking at how well the ETF did what it promised to do, but also evaluating what has not been done according to the mandate. An evaluation on work-based learning has also been launched, while the ones on teachers and trainers and the Torino Process have been finalised. A new freshly printed multi-purpose publication sums up the ETF's most recent key achievments.

Update on the Bulgarian Presidency

Mimi DANEVA (Bulgaria) provided an update on the key priorities of the Presidency in the area of education: investment in growth and jobs, entrepreneurial mind-sets and digital competences, the modernisation of education, equity and quality, cohesion, and the role of schoolteachers and other educators.

During the Education Council meeting of December 2017, conclusions were adopted on upskilling pathways, stepping up mobility and exchanges, strengthening strategic partnerships in higher education, the creation of the EEA, foreign language learning, and mutual recognition of higher education and school diplomas at secondary level. The Bulgarian Presidency took all these forward, and some resulted in the Council Conclusions of 22 May with the adoption of Communications announcing a network of universities and platforms of VET excellence, and with proposals for Council Recommendations on the recognition of diplomas and learning periods, fostering language learning and early childhood and care.

On events, she mentioned that 22 were organised in Bulgaria. The VET Expo on partnerships and cooperation in VET, the DGVT meeting with the discussions on future of work and future of VET, and a VET flagship conference on the topic "VET as a first choice" were the most relevant ones.

Update on the upcoming Austrian Presidency

Karl WIECZOREK (Austria) presented the priorities in the area of VET of the Austrian Presidency. In Austria, a large share of upper secondary students (around 72%) are enrolled in VET, with a broad diversification and a range of educational offers at this level.

The Presidency will focus mainly on the renewal of the strategic framework for European policy cooperation in VET 2030, on the Erasmus+ and VET 2020 follow-up, on the Recommendations on mutual recognition and on language learning.

The calendar foresees an expert conference on the future of VET on 9-12 July, focusing on external factors in EU VET systems and joint EU challenges. On 20-21 September, an expert conference in higher education on "The New Student – flexible learning paths and future learning environments" will be organised. On 8-9 October, an expert conference on ICT will be organised. The DGVT will take place in Vienna on 6-7 November, as part of the EVSW (European Vocational Skills Week) organised from 5 to 9 November.